
233/A XXVII. GP

Eingebracht am 22.01.2020

Dieser Text wurde elektronisch übermittelt. Abweichungen vom Original sind möglich.

Antrag

**der Abgeordneten Dr. Stephanie Krisper, Kolleginnen und Kollegen
betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Bundesgesetz über die Gewährung
von Asyl (Asylgesetz 2005 - AsylG 2005) geändert wird**

Der Nationalrat wolle beschließen:

**Bundesgesetz, mit dem das Bundesgesetz über die Gewährung von Asyl
(Asylgesetz 2005 - AsylG 2005) geändert wird**

Der Nationalrat hat beschlossen:

**Das Bundesgesetz über die Gewährung von Asyl (Asylgesetz 2005 - AsylG
2005), BGBl. Nr. 100/2005, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. I Nr.
53/2019, wird wie folgt geändert:**

*In § 2 Abs. 1 Z. 26 wird die Wortfolge "sowie bei der Durchsetzung einer Rückkeh-
rentscheidung, eines Aufenthaltsverbotes, einer Ausweisung, einer Zurückschiebung,
der Vollziehung der Schubhaft oder als Aufwendung für den Einsatz gelinderer Mit-
tel" gestrichen.*

Begründung

Keine Haftung von Patinnen und Paten für die Kosten von Abschiebungen

Derzeit haften Personen, die eine Patenschaftserklärung nach dem Asylgesetz ab-
gegeben haben, nicht nur für den Ersatz der Kosten, die einer Gebietskörperschaft
durch den Aufenthalt des Fremden im Bundesgebiet entstehen, sondern auch für
den Ersatz jener Kosten, die bei der Durchsetzung einer Rückkehrentscheidung, ei-
nes Aufenthaltsverbotes, einer Ausweisung, einer Zurückschiebung, der Vollziehung
der Schubhaft oder als Aufwendung für den Einsatz gelinderer Mittel entstehen. Die-
se Haftung von Paten/-innen für die Kosten von Abschiebungen soll mit dem vorlie-
genden Antrag abgeschafft werden.

Die Kosten für die Durchsetzung von Abschiebungen belaufen sich in der Regel auf
mehrere tausend Euro, zum Teil sogar auf Beträge im fünfstelligen Bereich. Diese
Kosten kann das Bundesamt für Fremdenwesen und Asyl (BFA) Paten/-innen von

abgeschobenen Asylsuchenden zur Zahlung an das Bundesministerium für Inneres weiterverrechnen. Zahlreiche Privatpersonen sind im Zuge der jüngsten Flüchtlingsbewegungen bei der Unterstützung von Asylsuchenden sowohl finanziell als auch unter hohem persönlichen Einsatz eingesprungen, wo die Angebote des Staates oft nicht ausreichend waren. Diesen Unterstützer_innen auch noch die Kosten für die Abschiebung aufzubürden, wenn es schlussendlich zu einer negativen Asylentscheidung gekommen ist, ist unverständlich. Schließlich haben diese Menschen nicht nur ihren Schützlingen, sondern auch unserem Land und unserer Gesellschaft einen großen Dienst erwiesen. Zusätzlich ist es unsachlich, da dem Bund die Kosten für eine Abschiebung auch ohne Vorliegen einer Patenschaftserklärung erwachsen würden. Zweck der Patenschaftserklärung ist es, als Voraussetzung für die Erteilung eines Aufenthaltstitels in besonders berücksichtigungswürdigen Fällen gemäß § 56 Abs 3 iVm § 60 Abs 2 AsylG nachzuweisen, dass der Aufenthalt des Fremden zu keiner finanziellen Belastung einer Gebietskörperschaft führen könnte, nicht die Aufenthaltsbeendigung.

In formeller Hinsicht wird vorgeschlagen, diesen Antrag unter Verzicht auf die erste Lesung dem Ausschuss für innere Angelegenheiten zuzuweisen.